



NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer. Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher, Frankensprecher

Wolfgang Hauber, MdL Innenpolitischer Sprecher

(Archivfoto)

Unsere Woche im Bayerischen Landtag

03. Mai - 9. Mai 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

nach entbehrensreichen Monaten voller Umsicht und Vorsicht kehrt endlich die Zuversicht zurück nach Bayern! Dank des rasanten Impffortschritts wird das Licht am Ende des dunklen Corona-Tunnels täglich heller und wir biegen auf die Zielgerade zum Ende der Pandemie ein. Jetzt gilt es, Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu bringen und ein gutes Leben mit dem Virus zu organisieren. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass unsere Ideen zu Lockerungen von der Staatsregierung aufgegriffen und zum Gegenstand des Regierungshandelns gemacht wurden. **Insbesondere mit der sofortigen Öffnung der meisten Grund- und Förderschulen sowie der schulartübergreifenden Rückkehr zum Präsenzunterricht nach den Pfingstferien wird ein Herzensanliegen unserer Regierungsfraktion umgesetzt.** Es geht schließlich um **Bayerns Familien und die Zukunftschancen unserer Kinder.** Die von uns erfolgreich eingeforderte Rückgabe von Freiheiten an zweifach Geimpfte und Genesene ist ein wichtiger Schritt auf unserem Weg aus dem Lockdown.

Dadurch signalisieren wir unmissverständlich, dass die Freiheit der Grundzustand unserer Demokratie ist und jedwede Beschränkung verlässlich und unverzüglich zurückgenommen wird, sobald die Gründe dafür entfallen sind. Nicht zuletzt freuen wir uns freilich ganz besonders darüber, endlich auch **Gastronomie, Kunst, Kultur und Sport wieder greifbare Perspektiven aufzeigen zu können.** **Allen Unkenrufen zum Trotz ist die Handschrift der FREIE WÄHLER-Fraktion in den jüngsten Kabinettsbeschlüssen klar erkennbar.**

Rückblick

Berufseinstiegsbegleitung: Fortführung des Erfolgsprojekts

Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein bayerisches Erfolgsmodell, das jungen Menschen seit zehn Jahren den Einstieg ins Berufsleben erleichtert. **Wir sind deshalb sehr froh, dass uns die Finanzierung und Fortführung des Förderprogramms bruchfrei ab dem kommenden Schuljahr gelungen ist – so, wie wir es bereits Mitte März im Plenum versprochen hatten.**

Die Frage der Finanzierung in dieser schwierigen Zeit zu klären war ein gemeinsamer Kraftakt unserer Bayernkoalition. Unser Ziel bleibt die mittelfristige Rückkehr des Programms in den EU-finanzierten ESF Bavaria. Für jetzt aber ist es vor allem der klaren Ansage des Finanzausschusses und dem Durchhaltevermögen unseres Kultusministers zu verdanken, dass wir in langen, konstruktiven Verhandlungen eine Fortführung dieses wichtigen Erfolgsprojektes erreichen konnten. **Gerade jetzt in der aktuellen Pandemiesituation sind noch mehr Jugendliche als sonst auf**

Unterstützung bei ihrem Berufsstart angewiesen. Dank des Schulterchlusses von Finanz-, Sozial- und Bildungspolitikern unserer beiden Fraktionen ist es uns gelungen, die BerEB zu retten und mit Unterstützung des Kultusministeriums eine für alle Seiten tragfähige Lösung zu finden. Die Bereitschaft Michael Piazolos, sich trotz der für das Kultusministerium kostenintensiven Pandemiesituation interimswise an der Finanzierung des Programms zu beteiligen, ist ausdrücklich zu begrüßen und verdient unser aller Respekt.



OFFENER BRIEF an den Bundesgesundheitsminister und die Fraktion des Deutschen Bundestags

Bauer: Patientenrechte stärken. Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) Reform vor Bundestagswahl umsetzen!

München. Jeder Bürger in Deutschland war selbst schon einmal Patient. Wichtig für das Gespräch mit dem Arzt oder der Ärztin ist jedoch eine gute Informationsbasis. Denn jeder Patient hat das Recht, Entscheidungen mit gutem Gewissen und voller Überzeugung selbst zu treffen. Damit Patienten Informationen erhalten, hat man die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) gegründet – als unabhängige, kostenlose, bürgernahe und auch außerhalb normaler Sprechzeiten zu erreichende Patientenlaufstelle. Jedoch wird diese vermehrt vom Bundesrechnungshof kritisiert. Deshalb ist nun eine umfassende Reform notwendig.

Der Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerische Staatsregierung appelliert an Bundesminister Spahn, die Bundestagsabgeordnete und die Entscheidungsträger eine Reform der Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) endlich umzusetzen.

Daher fordert Bauer: „**Bitte nutzen Sie Ihr Amt als Bundesminister zusammen mit dem Bundestag und führen Sie noch vor der Bundestagswahl eine gemeinsame Lösung für die UPD herbei! Setzen Sie diese Reform schnellstmöglich zum Wohl unserer Patientinnen und Patienten um!**“



Vorstand des Klinikums Altmühlfranken Christoph Schneidewin (links) und Landtagsabgeordneter Wolfgang Hauber (rechts)

Landtagsabgeordneter Hauber besucht Impfzentrum Weißenburg-Gunzenhausen

GUNZENHAUSEN Der Abgeordnete des Bayerischen Landtags Wolfgang Hauber machte sich ein Bild von der Lage im Impfzentrum des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen.

In einem ehemaligen Supermarkt in Gunzenhausen wird das Impfzentrum seit

Dezember 2020 vom MVZ Altmühlfranken betrieben.

Der Vorstand des Klinikums Altmühlfranken Christoph Schneidewin führte den Abgeordneten durch das Impfzentrum, erklärte den Ablauf und berichtete über den zügigen Aufbau, die täglichen Herausforderungen und die aktuelle Lage. Hauber ist beeindruckt: „Organisation und Struktur sind wirklich vorbildlich.“ Schneidewin erläutert, dass alles vor allem so gut klappt, weil die Mitarbeiter:innen gut gelaunt sind und ein tolles Team entstanden ist.

Am 07. Mai sind bereits 25.396 Menschen im Impfzentrum Altmühlfranken geimpft worden.

„Impfen ist der Schlüssel zurück zur Normalität und ich bin dankbar, dass das Impfzentrum im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen so gut aufgestellt ist“, so Hauber.

Wir bringen das Lobbyregistergesetz auf den Weg!

Mit der Einbringung unseres Lobbyregistergesetzes in den Landtag am 5. Mai in erster Lesung überschreiten wir FREIE WÄHLER erfolgreich die Ziellinie eines langen politischen Wegs. **Als Teil der Staatsregierung liefern wir, was wir als Opposition versprochen haben.** Schließlich verfolgen wir die Idee bereits, seit wir vor 13 Jahren erstmals in das Maximilianeum eingezogen sind. **An unserer Überzeugung, dass Bayerns Staatsregierung und Parlament vor den Menschen, für die sie arbeiten, nichts zu verbergen haben, hat sich auch durch unsere Regierungsbeteiligung nichts verändert.** So entstand unser Gesetzentwurf bereits im letzten Jahr – weit vor der Unions-Maskenaffäre. Nach der Zustimmung unseres Koalitionspartners wollen wir damit verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. **Wie von uns FREIEN WÄHLERN vorgeschlagen, gehen wir deshalb mit einem bayerischen Verhaltenskodex sowie einem legislativen und exekutiven Fußabdruck weit über die Vorgaben des Bundesgesetzgebers hinaus.** Auf unsere Initiative hin setzt Bayern damit den **Goldstandard für moderne Politik** in Deutschland.



Das Gesetz ist das Ergebnis intensiver Beratungen mit unserem Koalitionspartner, aber auch mit Nichtregierungsorganisationen und Internetplattformen wie LobbyControl, Abgeordnetenwatch und Transparency International. **Das ist ein Meilenstein für mehr Transparenz in der bayerischen Politik!**

Den **Gesetzentwurf** finden Sie [HIER](#).

Den **Fraktionsfilm zum Lobbyregister** finden Sie [HIER](#).



v.l.n.r. Wolfgang Hauber, Julia Hacker, Tobias Gotthardt und Susann Enders

Stärkere

Jugendbeteiligung

gefordert

Unsere Abgeordneten Wolfgang Hauber, Tobias Gotthardt und Susann Enders sowie die Laufer Stadträtin und Jugendbeauftragte Julia Hacker

haben sich am Donnerstag zu einer gleichberechtigten politischen Teilhabe junger Menschen und einer Stärkung der Jugendbeteiligungsformen ausgetauscht.

Fazit: Wir setzen uns auch weiterhin für eine **Förderung der politischen Jugendpartizipation** sowie für eine **Absenkung des aktiven Wahlalters bei Kommunalwahlen in Bayern** ein!



Auch für Weißenburg konnte im Stadtrat letztes Jahr beschlossen werden, dass ein Jugendparlament entsteht. Aufgrund der Corona-Pandemie verzögert sich leider die Gründung.

"Ich freue mich, wenn sich die Weißenburger Jugend bald noch aktiver in das Stadtgeschehen einbringen kann", so Hauber.

Einkommensschwache Familien und Alleinerziehende finanziell besserstellen



Am Dienstag wurde im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr unser Antrag „Prüfung der Höhe der Freibeträge für Familien im Wohngeld“ verhandelt. Die Corona-Pandemie trifft vor allem einkommensschwache Familien und Alleinerziehende hart.

Mit Blick auf die derzeitige finanzielle Situation vieler Familien setzen wir uns als Landtagsfraktion dafür ein, umfassend zu prüfen, inwiefern die maßgeblichen Freibeträge des Wohngeldes erhöht werden können. Das Wohngeld ist in Deutschland eine Sozialleistung nach dem

Wohngeldgesetz für Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund ihres geringen Einkommens einen Zuschuss zur Miete oder zu den Kosten selbstgenutzten Wohneigentums erhalten. Es dient der wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens – und die war nie wichtiger, als in der aktuellen Ausnahmesituation.

Das Wohngeld steht in Konkurrenz zu anderen Sozialleistungen, bei denen Unterkunftskosten berücksichtigt werden. Es ist insofern eine vorrangige Leistung zu anderen Sozialleistungen und in bestimmten Fällen scheint sich dies nachteilig auf die Höhe der jeweiligen Leistung auszuwirken. Die Freibeträge nach § 17 Nr. 3 WoGG für Alleinerziehende und § 17 Nr. 4 WoGG für Einnahmen aus Erwerbstätigkeit von Haushaltsmitgliedern unter 25 Jahren wurden zuletzt mit der Wohngeldreform 2016 erhöht – die Lebenshaltungskosten steigen jedoch kontinuierlich an. Daher finden wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag es nur folgerichtig, jetzt die Erhöhung von Freibeträgen zu prüfen.

Konferenz zur Zukunft Europas: Brief an von der Leyen erfolgreich

Eine Debatte zur Zukunft Europas ohne angemessene Einbindung der Regionalparlamente? Das geht gar nicht! Nun konnten wir einen großen Erfolg vermelden: **Die Anzahl der Mandate für das Gremium wird voraussichtlich verzehnfacht. Vor zwei Wochen hatten wir in einem Schreiben an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen** deutlich mehr Sitze für die regionale Ebene im Plenum der Konferenz gefordert. Im Rahmen einer Sitzung der RENEW-Fraktion wurde deshalb das Thema im Gespräch mit **Guy Verhofstadt**, Vorsitzender der Konferenz zur Zukunft Europas, erneut diskutiert. Dessen Zusage: **Bis zu zwanzig Mandate sollen – auch auf Druck der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag – an den Ausschuss der Regionen gehen.** Das ist ein wichtiger Zwischenerfolg für unsere Fraktion, denn **etwa 70 Prozent der europäischen Gesetzgebung müssen von Regionen und Kommunen umgesetzt werden.** Die Konferenz zur Zukunft Europas darf deshalb „nicht im eigenen Saft“ braten. Diese Gefahr aber sehen wir, wenn über 95 Prozent der Plenarsitze an Europaabgeordnete, nationale Abgeordnete, Regierungsvertreter und die Kommission gehen sollten. **Im Schreiben der FREIE WÄHLER-Fraktion lautet die Maximalforderung sogar auf eine gleichwertige Berücksichtigung der Regionen – das bedeutete 108 Sitze für den Ausschuss der Regionen.** Die von **Verhofstadt** zugesagten zwanzig Mandatsträger für die Regionen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Debatte wird weitergeführt. Wir bleiben dran!

Unsere Forderung: Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht

Wir als **FREIE WÄHLER Landtagsfraktion** halten es für dringend geboten, den **strengen Schutzstatuts des Wolfs auf den Prüfstand zu stellen.** Denn die Zunahme an Wolfsangriffen zeigt ganz deutlich: **Wir werden künftig nicht umhinkommen, den Wolfsbestand zu regulieren.** Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde deshalb am 6. Mai im Landtagsumweltausschuss behandelt. In diesem fordern wir unter anderem, die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht zu prüfen. **Gerne wären wir noch einen Schritt weitergegangen und hätten das Jagdrecht sofort angepasst, was jedoch am Widerstand unseres Koalitionspartners scheiterte.** Durch eine Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht wäre das Monitoring von Schalenwild – also jagdbaren Wildtieren – und Wolf nicht mehr zwingend auf verschiedene Verwaltungen aufgeteilt. Das böte den großen Vorteil, dass sich das Jagdwesen stärker am Management des Wolfs beteiligen könnte. Für uns ist dabei aber auch klar: **Herdenschutz und Entschädigung betroffener Nutztierhalter sollen weiterhin die wichtigsten Säulen des bayerischen Wolfsmanagements bilden.** Daneben muss aber die **Entnahme von wenig scheuen Einzeltieren als letztes Mittel** noch stärker etabliert werden – auch im Interesse der langfristigen Akzeptanz des Wolfs in der Gesellschaft.

Kontakt und Impressum

Wolfgang Hauber, MdL

Abgeordnetenbüro

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg

Tel.: 09141 / 99 70 170

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de

Facebook:

www.facebook.com/hauberwolfgang/

Instagram:

www.instagram.com/hauberwolfgang/

Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Abgeordnetenbüro

Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 – 207585, Fax: 09827 – 207586

Email: peter.bauer@fw-landtag.de

Homepage: www.frankensprecher.de

Facebook:

www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher

[her](#)

Instagram:

www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher

[r](#)

Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder gerne auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie gerne auf uns zu.

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!

Copyright © Wolfgang Hauber, MdL

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich für Informationen rund um den Landtagsabgeordneten Wolfgang Hauber interessieren.